

Protokoll der SR Sitzung vom 23.11.2010 18.15 Uhr – Fakultätenzimmer

1. Formelles

1.1. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Anwesend:

Vorstand: Lukas Kissling, Lea Meister, Katharina Baur, Riccarda Stampa, Chaim Howald

Theologische Fakultät: Niklaus E. Klose, Tamara Rütimann

Juristische Fakultät: Muriel Binder, Stephanie Giese (Ratspräsidium), Manuela Hugentobler (Ratspräsidium), Aurelia Jenny

Medizinische Fakultät: Nicola Rügsegger, Jonas Vollmer

Phil.-Hist. Fakultät: Andreas Gehringer, Julia Krättli, Lisa Raabe, Andreas Schönenberger, Doro Soboll, Simon Straus

Phil.-Nat. Fakultät: Lukas Beck, Patrick Mächler

Wirtschaftswiss. Fakultät: Valentin Ade, Fabian Frischknecht, Karin Wassmer

Psychol. Fakultät: Lucius Caviola, Glenna Iten

Entschuldigt: Miriam Baumeister, Danny Allemann, Robert Kuert, Claudio Marxer, Mélanie Moos, Esther Stalujanis

Unentschuldigt: Sebastian Bühler, Gavin Brupbacher, Christof Friedli

Gäste: Samuel Maurer

://: Der Studierendenrat ist beschlussfähig.

1.2. Wahl der StimmzählerInnen

://: Fabian Frischknecht und Karin Wassmer werden per Akklamation als StimmzählerInnen gewählt.

1.3. Genehmigung der Traktandenliste

- Die Wahl der Studierendenvertretung in die Regenz der Theologischen Fakultät wird neu unter 3.1. behandelt.
- Die Nachwahl des skuba-Vorstands neu unter 3.2.
- Die Wahl des Co-Präsidiums neu unter 3.3.
- Die Wahl der VertreterInnen in die GPK neu unter 3.4.
- Die Wahl der VertreterInnen in die FiKo neu unter 3.4.
- Die Petition zur UB neu unter 4.1.
- Neu kommt hinzu die Änderung des Positionspapiers unter 4.10.

://: Der SR genehmigt die Traktandenliste mit den genannten Änderungen.

1.4. Genehmigung des Protokolle der Sitzung vom 12.10.2010

://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen per Akklamation genehmigt.

2. Mitteilungen

2.1. Mitteilungen des Vorstandes

Laufende Geschäfte Ressort Qualitätssicherung: Katharina Baur

- Suche nach neuen Regenzmitgliedern und Bearbeitung eventueller Kandidaten
- Erstellung des Jahresberichts
- SAQE
- Erstellung eines Bar-Guides für die nächste Infobroschüre

Mitteilungen Ressort Qualitätssicherung: Katharina Baur

- Frau Kaiser gab einen Kommentar zur **NC-Einführung bzw. Studienzulassungsbeschränkung in Basel** ab. Auf Nachfragen hin verteidigte sie sich damit, dass die Presse ihre Aussagen zu dezidiert wiedergegeben hätte. Herr Loprieno hat sich eingeklinkt: CRUS geht in die Richtung Zulassungsbeschränkungen einzuführen. Numerus Clausus kommt aber für Basel nicht in Frage (auch Frau Kaiser stand hier vehement dahinter). Die Frage ist viel mehr, wie man den Übergang vom Bachelor zum Master gestaltet. Sie wollen im Laufe der pyramidalen Struktur immer weiter spezialisieren. Sie gehen zudem von einer weiteren "natürlichen Selektion" aus. Außerdem muss man laut Loprieno, Kaiser und Constable die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abwarten und die Unternehmen bzw. die freie Wirtschaft daran gewöhnen lassen, dass auch der Bachelor ein befähigender Abschluss ist.
- Am Freitag den 12.11. nahmen Kai Rexrodt, Patrick Mächler und ich an einem **Seminar der Universitätsverwaltung** teil. Es wurden einzelne Projekte der Verwaltung vorgestellt, der Leiter des URZ hat über die Bewertung des URZ referiert und Nele Hackländer von den Students Services hat die allgemeinen Aufgaben dieser erläutert. Ein Projekt der Student Services ist "Studieren ohne Barrieren". Dieses Projekt setzt sich für eine behindertengerechte Universität ein. Am Nachmittag wurden einzelne Diskussionsforen geführt, die sich unter anderem mit der Kommunikation und der Arbeit von Akademie und Verwaltung beschäftigt haben.

Laufende Geschäfte Ressort Hochschulpolitik: Lea Meister

- Positionspapier
- Stellungnahmen Numerus Clausus
- Erneuerung skuba-Homepage
- Planung internationales Treffen Basel
- Weiterverfolgung Betreuungsverhältnisse

Mitteilung Ressort Hochschulpolitik: Lea Meister

- Lea Meister hat die SP-Grossrätin **Maria Berger** zum Mittagessen getroffen. Sie wird ebenfalls im Rat das Thema auf die Betreuungsverhältnisse lenken. Im Allgemeinen ist sie beunruhigt über die Behandlung der Studierenden an der Universität.
- Das **Boardmeeting der ESU** in Israel war sehr anstrengend und ist nicht nach Wunsch verlaufen. Die Topic Group (sprich das Netzwerk, welchem der VSS angehört) verlor ziemlich alle erdenklichen Abstimmungen. ESU findet Private Funding von Universitäten jetzt nicht mehr verwerflich und es wird eine European Citizen

Initiative losgetreten, welche bewilligt wurde, ohne dass wir den Text kennen. Das Motto ist: „More money for education!“. Wir glauben nicht, dass es die ESU irgendwie hinbekommen wird, die nötigen eine Million Unterschriften zu sammeln. Das Stimmverhalten diverser Unions ist rätselhaft und scheint auf Nachahmung zu beruhen. Die Tonlage entbehrt jeglichen Respekts und Sexismus, und Homophobie in allen Farben und Formen sind salonfähig. Für weitere Infos kann der SR gerne an Lea Meister wenden.

- Die **Kommission für Internationales und Solidarität des VSS** (deren Co-Präsidentin Lea Meister ist) arbeitet momentan intensiv an einem Papier zur Ökonomisierung der Bildung, welches zur nächsten DV fertig gestellt wird. Des Weiteren wird ein neuer Versuch gestartet, ein Internationales Studierendentreffen in Basel stattfinden zu lassen.
- Zusammen mit Lukas Kissling, Chaim Howald und Lea Meister gab es ein Treffen mit Vizerektor Eberle. Inhalt der Besprechung waren die Betreuungsverhältnisse (zu welcher Angelegenheit wir vor wenigen Wochen einen Brief verfasst hatten). Im Rahmen dessen war es uns zudem möglich, uns mit verschiedenen Mitgliedern des Rektorats zu unterhalten. Für uns war es überaus erfreulich, zur Ausnahme Gespräche ausserhalb des Strategiegespräches führen zu können und stattdessen Themen wie Numerus Clausus oder Zugangsbeschränkungen ansprechen zu können.

Laufende Geschäfte Ressort Kultur: Riccarda Stampa

- Keine Mitteilung

Mitteilung Ressort Kultur: Riccarda Stampa

- Zu Beginn abwesend; Mitteilungen unter Varia.

Laufende Geschäfte Ressort Soziales: Chaim Howald

- Stipendieninitiative
- StuZ
- Rabattheft
- Neueinstellung GF vorbereiten

Mitteilungen Ressort Soziales: Chaim Howald

- **Stipendieninitiative:** Intensiv-Sammeltag war super und kam gut an. Auch wenn das Sammeln nicht allen gleich leicht fällt, haben viele Leute grosses Engagement gezeigt. Von Der Sorte Anlässe brauchen wir mehr.
- Die Bewerbungsfrist für die **Geschäftsführung** ist abgelaufen. Insgesamt gingen 52 Bewerbungen ein. Das Zuständige ad hoc Gremium hat diese gesichtet und vergangenen Freitag eine erste Auswahl an Personen getroffen, deren Dossiers dem Vorstand vorgelegt werden und welche dementsprechend für Vorstellungsgespräche in Frage kommen könnten.
- Nachdem der VSS eine monatliche Quote von Unterschriften beschloss, welche die Universitäten im Rahmen der Stipendieninitiative jeweils sammeln müssen hat sich gezeigt, dass wir momentan etwa 10% unter der Quote liegen. Um diese zu erfüllen, müssen wir monatlich 700 Unterschriften sammeln.

Laufende Geschäfte Ressort Lehre: Lukas Kissling

- Übergabe und Dokumentation aller Aufgaben an meinen/n NachfolgerIn
- Kontakt mit dahinschwindenden Fachgruppen (Italienisch, Islamwissenschaften)
- Aufarbeitung bisherigen politische Tätigkeiten im Bereich kostenlosen Fahrradverleih
- möglichst viele Studierendenratsmitglieder für 2011 finden
- möglichst viele VertreterInnen für die Fakultätsversammlungen 2011 finden

Mitteilungen Ressort Lehre: Lukas Kissling

- Es wurden alle Fachgruppen mit einem Vermögen von mehr als CHF 10'000 angefragt, ob sie sich eine finanzielle Beteiligung an der **skuba-Dienstleistung "GA-Verleih"** vorstellen könnten. Bis jetzt hat sich keine Fachgruppe für eine Kooperation bereit erklärt.
- Ich werde am 13. Dezember um 19.00 Uhr im Borromäum an einem **kritischen Gespräch mit dem Bischof** der Diözese Freiburg (Deutschland) teilnehmen. ZuschauerInnen sind herzlich willkommen. Themen werden Spass an Sex, Gleichstellung von Mann und Frau in der katholischen Kirche, so wie der Generationenkonflikt in der Kirche sein.
Also alles keine bildungspolitischen Themen, dementsprechend spreche ich dort vor allem als Lukas Kissling und nicht als skuba-Vorstand.
- Im Rahmen des Strategiegesprächs 2010 mit dem Rektorat wurde die skuba eingeladen im **Doktoratsgremium** teilzunehmen, in welchem die Reform des Doktorats besprochen wird (da die skuba alle Doktorierenden ohne Anstellungsgrad an der Universität vertritt).
Lukas Kissling hat am 15. November an einer ersten Sitzung teilgenommen und wird dieses Dossier seiner/m NachfolgerIn weitergeben. Es ist wichtig, dass die skuba in diesen schon sehr weit fortgeschrittenen Prozess eingreift und die ideale studentische Position mit einbringt.
Mit massiven finanziellen Mittel (um die 6 Millionen CHF) soll das Doktorat an der Universität Basel aufgewertet werden. Dies geschieht durch die Schaffung einer gemeinsamen Dachorganisation, (University of Basel Graduate Academy), die Doktorierende vernetzt und insbesondere strukturierte Doktoratsprogramme fördert. Teil dieser "Doktorats-Offensive" ist auch ein spezielles Mentoring-Programm für Frauen, da deren Anteil unter Doktorierenden sehr gering ist. Auch soll ein universitärer Stipendien-Fonds eingerichtet werden, da Master-AbsolventInnen häufig durch die fehlende Finanzierung vom Master-Studium abgehalten werden. Weiterhin möglich bleiben soll das freie Doktorat ohne Bindung an ein Programm. Die Eingabe dieser Mitteilung erfolgte vor der ersten Sitzung. Obligatorisch für alle Doktorierende wird wohl den Erwerb von 12 ECTS mit Kolloquien, Kongress-Teilnahme und methodologischen Lehrveranstaltungen.
- **Brief Ausweiskarte der Studierenden:** Im Namen der Fakultätsgruppe Philzwei und der Fachgruppe der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde ein Brief an die Verwaltungsdirektion der Universität Basel gesandt, die auf die Problematik der jetzigen "Legi" hinweist. Diese ist nicht mehr zeitgemäss und soll durch eine moderne Multifunktionskarte ersetzt werden.

- Der **Brief bezüglich der Herbstmesse** (siehe vergangene Sitzung) wurde an die Allmendverwaltung am 4. November versandt. Bei Eingabe dieser Mitteilung fehlt eine Antwort.
- **SDUBS:** Die studentische Vertreterin in der Steuerungsgruppe Nachhaltigkeit (Sibylle Kuhn) wird am 14. Dezember zu einem Informationstraktandum im Studierendenrat anwesend sein und über die Fortschritte des Projekts "nachhaltige Universität Basel", das der Studierendenrat mit einem Brief im Frühling 2010 mitunterstützt hat, informieren.
- Am 14. Dezember wird der **Stiftungsrat Dings** wiedergewählt. Diese aus den Strukturen der skuba hervorgekommene Stiftung um die Papeterie Dings wird durch den Studierendenrat einmal jährlich bestätigt. Einsitz haben in der Regel ein skuba-Vorstand (neu Ressort Soziales), sowie weitere Interessierte aktive und ehemalige Studierende.
Als Vorbereitung zur dieser Wahl wird dem Studierendenrat den Jahresbericht 2009/2010 verteilt. Das Rechnungsjahr des Dings endet im Sommer.

Mitteilungen Geschäftsführung: Kai Rexrodt:

- keine

2.2. Mitteilungen aus der Regenz und Kommissionen

- keine

2.3. Allgemeine Mitteilungen // Interpellationen

- keine

3. Wahlen

3.1. Wahl Regenz Theologie

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Der Studierendenrat wählt eine/n NachfolgerIn für die Studierendenvertreter in die Regenz der theologischen Fakultät.

Hintergrund: Für die Theologische, Medizinische und Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät gibt es vakante Sitze, für welche nun jeweils NachfolgerInnen gewählt werden müssen.

Diskussion: keine.

Kandidierende: Samuel Maurer

Abstimmung: 17/0/0

://: Der Studierendenrat wählt Samuel Maurer einstimmig in die Regenz der theologischen Fakultät.

3.2. Nachwahl skuba-Vorstand

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Der SR wählt ein neues Vorstandsmitglied als NachfolgerIn von Lukas Kissling.

Hintergrund: Infolge des Rücktritts von Lukas Kissling (siehe Mitteilung in der letzten SR-Sitzung vom 2.11.2011) findet eine Nachwahl in den skuba-Vorstand statt.

Die Wahl wurde öffentlich am 25. Oktober ausgeschrieben. Kandidaturen wurden an Stephanie Giese (Ratspräsidentin) gesandt.

Zur Wahl steht nur der Sitz von Lukas Kissling im Ressort Lehre. Eine Gesamt-Erneuerungswahl des skuba-Vorstands findet jeweils in der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Mai statt.

Diskussion:

→ **Antrag auf Wahlgespräch wird gestellt und vom SR angenommen.**

Demnach werden die Fragerunde und die anschliessende Diskussion in Abwesenheit der Kandidierenden nicht protokolliert.

Kandidaturen: Manuela Hugentobler, Doro Soboll

Wahl:

Manuela: 10 Stimmen

Doro: 6 Stimmen

Ungültig oder andere Stimmen: keine

://: Der Studierendenrat wählt Manuela Hugentobler in den skuba-Vorstand.

3.3. Bestätigung Co-Präsidium des skuba-Vorstands

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Der SR wählt ein neues Co-Präsidium des skuba-Vorstands.

Hintergrund: Mit dem Ausscheiden von Lukas Kissling aus dem skuba-Vorstand muss auch das Co-Präsidium neu besetzt werden. Der skuba-Vorstand schlägt dem Studierendenrat im Konsens Lea Meister (neu) und Riccarda Stampa (bisher) als Co-Präsidentinnen vor.

Diskussion: keine

Kandidierende: Lea Meister, Riccarda Stampa

Abstimmung: 17/0/0

://: Der Studierendenrat wählt Lea Meister und Riccarda Stampa einstimmig in das Co-Präsidium des skuba-Vorstands.

→ Ordnungsantrag auf Nachwahl Ratspräsidium

Hintergrund: Da Manuela Hugentobler neu ab Dezember skuba-Vorstands-Mitglied sein wird, fällt sie für die kommende SR-Sitzung als Ratspräsidentin aus. Demnach sollte heute noch eine Nachfolge gewählt werden, zumal ausschliesslich SR-Mitglieder Teil des Ratspräsidiums sein können.

Abstimmung: 17/0/0

://: Der Ordnungsantrag wird vom SR einstimmig angenommen und unter 3.6. traktandiert.

3.4. Geschäftsprüfungskommission

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Der Studierendenrat wählt weitere Mitglieder in die GPK.

Hintergrund: Die GPK weist immer noch einen Unterbestand von zwei Personen aus. Da von der jetzigen GPK nur Niklaus Klose für 2011 wieder kandidiert, ist eine Wahl von weiteren Personen äusserst wünschenswert, da sonst ein Wissensverlust droht.

Die jetzige Besetzung mit Vertretern der theologischen und medizinischen Fakultät zeigen, dass nicht nur Juristen für dieses Amt geeignet sind.

Diskussion: Der Aufwand in der GPK hält sich im Rahmen und ist durchaus vertretbar. Die Arbeit beinhaltet vor allem die Auseinandersetzung mit den Reglementen, so wie die Prüfung der Protokolle. Auch bei Fragen während der SR-Sitzungen, beispielsweise bei Unklarheiten über Wahlverfahren und dergleichen, wird jeweils die GPK angefragt. Das Amt wird ab sofort eingenommen. Anfangs 2011 wird die gesamte GPK neu gewählt. Es handelt sich insofern um eine kurze Amtsdauer, was sich dementsprechend gut für einen „Schnupperkurs“ anbietet.

Kandidaturen: Fabian Frischknecht

://: Der Studierendenrat wählt Fabian Frischknecht per Akklamation in die GPK.

3.5. Finanzkommission

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Der Studierendenrat wählt weitere Mitglieder in die FiKo.

Hintergrund: Die FiKo weist immer noch einen Unterbestand von einer Person aus.

Wäre schön, wenn wir diese Kommission mit einem Vollbestand überwintern könnte, zumal zwei langjährige Mitglieder sicher nicht mehr für den SR kandidieren werden.

Diskussion: keine

Kandidaturen: Lukas Beck

://: Der Studierendenrat wählt Lukas Beck per Akklamation in die FiKo.

3.6. Ratspräsidium

Antragsteller: Patrick Mächler

Antrag: Der Studierendenrat wählt ein neues Mitglied für das Ratspräsidium.

Hintergrund: Da Manuela Hugentobler neu ab Dezember skuba-Vorstands-Mitglied sein wird, fällt sie ab kommender SR-Sitzung als Ratspräsidentin aus. Demnach sollte heute noch eine Nachfolge gewählt werden, zumal ausschliesslich SR-Mitglieder Teil des Ratspräsidiums sein können.

Diskussion: Zu den Aufgaben des Ratspräsidiums gehören die Vorbereitungen der SR-Sitzungen, das Versenden der SR-Unterlagen, das Prüfen von Absenzen und weitere derartiger Aufgaben. Zudem lädt das Ratspräsidium Gäste an die Sitzungen ein und entscheidet über Stellungnahmen mit.

Patrick Mächler schlägt Doro Soboll als Kandidatin vor.

Kandidaturen: Doro Soboll

://: Der Studierendenrat wählt Doro Soboll per Akklamation in das Ratspräsidium.

4. Anträge

4.1. Petition Reinigungspersonal UB

Antragsteller: Patrick Mächler

Antrag: Der SR beschliesst die Unterstützung der Petition bezüglich „Das Reinigungspersonal der Universitätsbibliothek muss bleiben!“ durch die skuba.

Hintergrund: Die Universität hat sich entschieden, den Reinigungsauftrag für die Universitätsbibliothek neu auszuschreiben, womit die bisherige Firma ihren ca. 15-jährigen Auftrag verliert. Dadurch würden sechs Angestellte ihre Arbeitsstelle verlieren. In diesem Sinne wurde eine Petition lanciert, welche nun dem SR vorliegt und durch die skuba offiziell unterstützt werden soll.

Diskussion:

- Andreas Schönenberger möchte wissen, welche Reinigungsfirma hier involviert ist? Es handelt sich um die Firma Reif. Dass die Universität nicht mehr mit der Leistung des Reinigungspersonals zufrieden ist basiert auf dem Hintergrund, dass die Firma, um Kosten zu senken, dem Personal Stunden kürzte, womit dementsprechend nicht mehr dieselbe Leistung erbracht werden kann. Das Reinigungspersonal als solches kann insofern also nichts für die momentane Situation dafür.
- Simon Strauss: Handelt es sich hierbei um eine symbolische Sache oder kann mit dieser Petition ernsthaft etwas bewirkt werden? Gemäss Lukas Kissling vom skuba-Vorstand handelt es sich vorwiegend um eine symbolische Aktion. Die Uni hat das Recht, Verträge zu kündigen und neu auszuschreiben. Allerdings darf die Aktion natürlich auch nicht unterschätzt werden
- Andreas Schönenberger verweist auf die Erfahrungen, welche das soziologische Seminar mit der Firma Reif bereits machen durfte. So wurde einer Frau gekündigt, diese dann allerdings auf Druck seitens des Seminars, Angestellten und Studierenden wieder eingestellt. Wenige Monate wurde sie dann in aller Stille jedoch wieder entlassen, entgegen den ursprünglichen Zusagen gegenüber dem Seminar.
- Riccarda Stampa: die gesamte Problematik ist immer wieder dieselbe. Aufträge werden ausgeschrieben und die billigsten Anbieter erhalten den Zuschlag. Die tiefen Offerten erweisen sich dann allerdings rasch als unrentabel, weswegen die jeweiligen Firmen ihren Arbeitnehmern Stunden kürzen müssen. Für diese hingegen bedeutet dies mehr Aufwand bei geringerem Lohn und weniger Zeit.
- Lea Meister: wäre das Reinigungspersonal direkt bei der Universität angestellt würden GAV die Anstellung regeln, für welche wiederum die Unia zuständig wäre. Dementsprechend wären auch die Löhne angemessen. In diesem Fall aber sind die Löhne allerdings auf einem Niveau von CHF 16-17 pro Stunde. Im Übrigen ist es durchaus möglich, dass die Petition etwas mehr als bloss symbolischen Charakter besitzt; je nachdem wie die Universität auf den Druck von Seiten der Belegschaft und der Öffentlichkeit reagieren wird.
- Valentin Ade: Verlieren diese Angestellten tatsächlich ihre Arbeit oder werden sie lediglich anderswo eingesetzt? Gemäss aktuellem Wissensstand des skuba-Vorstands verlieren diese alle ihre Arbeit.
- Die skuba ist bisher noch nicht in die Aktion involviert. Das Dossier wird allerdings an Chaim Howald (skuba-Vorstand Ressort Soziales) übergeben und die skuba könnte dadurch der Petition zusätzliches Gewicht verleihen.

Abstimmung: 16/0/0

://: Der Studierendenrat beschliesst einstimmig die Unterstützung der Petition durch die skuba.

4.2. Erstellung skuba-Chronik

Antragsteller: Patrick Mächler

Antrag: Diskussion über Erstellung einer skuba-Chronik.

Hintergrund: In mehreren Gesprächen (insbesondere mit Andreas Gehringer) wurde klar, dass in der skuba das Bewusstsein über vergangene Ereignisse fehlt, was zu grossen Teilen sicher durch die vielen Wechsel bedingt ist. So ist etwa das Bewusstsein um die Hinterziehung von Geldern vermutlich in erster Linie nur noch altgedienten Mitgliedern von SR und Exekutive bewusst, obwohl diese nicht das erste Ereignis dieser Art innerhalb der Studierendenschaft der Uni Basel war.

Zweifelsohne ist es möglich innerhalb der Legislative und Exekutive Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Vergangenheit zu finden; dennoch macht eine Berücksichtigung derselbigen oftmals Sinn um Fehler nicht erneut zu begehen und Entscheidungen als Fortführung oder Abwendung der bisherigen Politik zu verstehen.

Es erscheint daher sinnig aufgrund der bisherigen Aufzeichnungen der Studierendenschaft (oder zumindest seit dem Bestehen der skuba) eine Chronik zu erstellen.

Es wäre zu diskutieren in welchem Umfang eine solche Chronik erstellt und weitergeführt werden sollte.

Für die erste Erstellung bieten sich 3 Lösungen an: Erstellung im Rahmen einer Lehrveranstaltung, Erstellung durch eineN AngestellteN (Finanzierung via Subventionsbudget) oder Erstellung durch eine Arbeitsgruppe. Aus meiner Sicht bietet sich letztere Lösung aufgrund der bisherigen Erfahrungen nicht wirklich an.

Diskussion:

- Der skuba-Vorstand macht den Vorschlag, dass erst die Verwaltungsdirektion der Universität mit dieser Idee konfrontiert werden könnte. Unter Umständen liesse sich die Idee dadurch von der Universität finanzieren.
- Valentin Ade möchte wissen, wie sich Patrick Mächler das Ganze genau vorgestellt habe.
Patrick Mächler: Es wäre wichtig eine Übersicht über massgebliche Entscheide zu besitzen, um damit ein Bewusstsein für bisherige Entscheide und ihre Konsequenzen zu etablieren. Weiter auch eine Diskussion darüber, wie die skuba überhaupt zustande kam und welche Formen es vorher bereits gab. Dadurch, dass Vorstandsmitglieder regelmässig wechseln, geht auch regelmässig Wissen über die Vergangenheit verloren. Durch die Erstellung einer solchen Liste oder Übersicht, welche natürlich regelmässig und kontinuierlich aktualisiert werden sollte, sollte Know-how und ein gewisses „geschichtliches Bewusstsein“ erhalten bleiben.
- Chaim Howald: Unter Umständen könnte eine solche Arbeit auch im Rahmen einer Seminararbeit oder etwas ähnlichem geschehen.

Meinungsbild: 18/0/1

://: Der Studierendenrat spricht sich prinzipiell für die Erstellung einer skuba-Chronik aus. Gleichzeitig spricht er sich dafür aus, dass die Verwaltungsdirektion bezüglich einer möglichen Finanzierung angefragt werden solle.

4.3. Ergänzung Positionspapier um Studienzeitbeschränkung

Antragsteller: Patrick Mächler

Antrag: Das Positionspapier wird wie folgt ergänzt/abgeändert:

Regelstudienzeit & Studienzeitbeschränkungen

Problematisch erscheint die Regelstudienzeit im Bologna-System, die von einem

Vollzeitstudium ausgeht. Da eine Mehrheit der Studierenden neben dem Studium ein zusätzliches Einkommen generieren muss, sind ein Vollzeitstudium und die Einhaltung der Regelstudienzeit nicht in allen Fachrichtungen möglich. Erschwerend kommt dazu, dass UniversitätsabsolventInnen nach ihrem Studium ausserdem über Praxiserfahrung verfügen müssen, die über Praktika oder Volontariate während der Studienzeit angeeignet werden muss. Personen die Betreuungsaufgaben im Familienumfeld wahrnehmen oder sich in Freiwilligenarbeit vielfältig für die Gesellschaft einsetzen, sollten genauso wenig strukturell vom Studium ausgeschlossen werden.

An einigen Schweizer Hochschulen existiert das System der Regelstudienzeit, welches nicht nur einen Soll- sondern gar einen Muss-Zustand festschreibt, sodass die vorangegangene Argumentation noch stärker darauf anwendbar ist.

Ziele

- *In sämtlichen Studiengängen existiert keine Studienzeitbeschränkung.*

Hintergrund: Die skuba sollte dies in ihren Positionen verankern, da sie sich auch gegen eine Überbewertung der Regelstudienzeit wendet.

Diskussion:

- Der skuba-Vorstand findet die Stossrichtung des Antrages gut und sieht hier die ideale Grundlage für ein ausführlicheres Positionspapier.
- Fabian Frischknecht: Die Universität Basel hat, im Gegensatz zu anderen Unis, die Regelung, dass KP nicht verfallen und demnach auch überaus lange studiert werden kann. Insofern erscheint der hier vorliegende Antrag etwas überflüssig?
- Andreas Schönenberger: Der Antrag ist durchaus unterstützenswert. Die Regelstudienzeit ist auf sechs Jahre befristet, kann aber gemäss Studien aus diversen Gründen oft nicht eingehalten werden. Auf gesellschaftlicher Ebene bildet sich hier dementsprechend eine gewisse Diskrepanz. So erwarten beispielsweise Eltern, welche für das Studium aufkommen müssen, einen Abschluss innerhalb dieser genannten Regelzeit.
- Patrick Mächler: Die Sache mit der Regelstudienzeit ist bereits im Positionspapier enthalten, soll nun allerdings ergänzt werden. Was stört ist die Auffassung, dass möglichst rasch studiert werden sollte und wer länger studiert, dementsprechend schlechtere Karten in der Privatwirtschaft hat.
- Niklaus E. Klose: Wer Teilzeit studiert hat auch schlechtere Chancen eine Promotionsstelle zu erhalten. Auch hier scheint die Regelstudienzeit berücksichtigt zu werden.
- Lea Meister: Es ist beobachtbar, dass gerade in technischen Studienbereichen Eltern eher Geld beisteuern müssen, während bei der Phil 1 sich Studierende häufiger selber finanzieren müssen. Dies unter anderem als der Eindruck besteht, ein Phil 1 Studium liesse sich besser mit Arbeit arrangieren, was mitunter in keiner Weise den Tatsachen entspricht.
- Fabian Frischknecht: Dennoch wird die Studienregelzeit national als Standard wahrgenommen und auch von der Privatwirtschaft als solches berücksichtigt.
- Katharina Baur: die Regelstudienzeit ist absolut nicht verpflichtend, sondern gilt lediglich als Empfehlung bei einem Vollzeitstudium.
- Andreas Schönenberger: Die Zahlen von Lea Meister bestätigen die Verteilung von Studierenden auf die Fächer nach unterschiedlichen Faktoren. So sind bspw. bei über 60% der Medizinstudierenden mindestens ein Elternteil selbst Ärztin oder Arzt.

Soziale Faktoren sind demnach überaus entscheidend in Bezug auf die Wahl des Studienfaches.

- Manuela Hugentobler: Es mag stimmen, dass diese sechs Semester lediglich eine Empfehlung sind. Wer aber auf Stipendien angewiesen ist, ist gezwungen, innerhalb der Regelstudienzeit zu studieren, ansonsten werden unter Umständen Stipendiengelder gekürzt. Auch hier wird also die Regelzeit berücksichtigt und als Standart herangezogen.
- Lea Meister: gemäss CRUS sagen die Bologna Richtlinien der SUK nichts über eine Regelzeit. Diese regelt das Studium lediglich nach Kreditpunkten. Zudem besteht gemäss einer Studie, welche in Zusammenarbeit mit der CRUS entstand und aussagt, dass wer nicht aus zahlungskräftigem Haushalt kommt, dementsprechend länger studieren muss. Zudem muss an der Universität Bern nach sechs Semestern ein Antrag auf Verlängerung des Studiums gestellt werden. Nochmals nach acht Semestern. Darin muss dann eine Begründung erfolgen, warum nicht innerhalb der Regelstudienzeit das Studium abgeschlossen werden konnte.
- Chaim Howald: Der aktuelle Durchschnitt für ein Masterstudium liegt bei 6,3 Jahren, was insofern nicht der Regelstudienzeit entspricht.
- Andreas Schönenberger: Wer innerhalb von sechs Semestern durch ein Geschichtsstudium rast, ist mitunter noch lange nicht wirklich gut qualifiziert. Das wissen Firmen auch und werden das wohl auch berücksichtigen. Allerdings ist es überaus wichtig, dass eine Aufwertung des BA Abschlusses erfolgt.

Abstimmung: 17/0/1

://: Der SR nimmt an die Änderung des Positionspapiers an.

4.4. Ergänzung Positionspapier um Mittelallokation

Antragsteller: Patrick Mächler

Antrag: Das Positionspapier wird wie folgt ergänzt/abgeändert:

Transparenz bei der Arbeit von Entscheidungsträgern

Die skuba setzt sich für transparente Führungsstrukturen innerhalb der Universität Basel ein. Besonderen Handlungsbedarf sieht die skuba beim Universitätsrat: Das Wahlverfahren in den Universitätsrat ist mangelhaft in Bezug auf Demokratie und Transparenz. Der Regierungsrat muss klar kommunizieren, nach welchen Kriterien er den Universitätsrat wählt und wann diese Wahl geschieht. Im Universitätsrat müssen des Weiteren beide Geschlechter gleichmässig vertreten sein. Zusätzlich zum Wahlverfahren erschwert die Geheimhaltung von Protokollen eine aktive partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Universitätsrat. Besonderer Wert muss darauf gelegt werden, dass Entscheidungsträger offen legen, nach welchen Kriterien Finanzen innerhalb der Universität verteilt werden. In den letzten Jahren wurde der Versuch gestartet, auf Grundlage leistungsorientierter Kriterien die Qualität verschiedener Abteilungen zu messen und aufgrund dieser eine Mittelumverteilung vorzunehmen (Mittelallokationsmodell). Aus Sicht der skuba waren bisherige Modelle nicht sinnvoll, wenn nicht gar schädlich (künstlich inszenierter Wettbewerb, keine Beachtung von Umwelteffekten, lediglich Anreize für kurzfristiges Planen, ungeeignete Indikatorenwahl, Gleichsetzung von Lern- und Lehrleistung, kein Einbezug nicht-monetärer Anreize).

Forderungen

- *Die Verteilung von Finanzmitteln innerhalb der Universität muss langfristige Planung fördern, darf keine fehlgeleiteten Anreize folgen und soll den aktuell gegebenen Entwicklungsrahmen der jeweiligen Disziplinen berücksichtigen*
- *Die Qualität in Forschung und Lehre soll insbesondere auch durch nicht-monetäre Anreizsysteme gefördert werden*
- *Lehrleistungen sind nicht mit Lernleistungen gleichzusetzen, sondern gemäss tatsächlichem Aufwand und - sofern möglich - gemäss Qualität entsprechend zu entschädigen. Die Verwendung von "Teaching Points" anstelle von "Credit Points" ist zu prüfen.*

Hintergrund: Der Antrag erfolgt vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen Jahren ein fragwürdiges Mittelallokationsmodell verwendet wurde, dass nun aber wohl überarbeitet wird. Im Hinblick darauf sollte die skuba festlegen, welche Erwartungen sie daran formulieren möchte.

Diskussion:

- Patrick Mächler erläutert den Antrag mit einer Präsentation zur Mittelallokation.
- Katharina Baur: Das hier vorgestellte Modell rentiert noch nicht einmal für die Medizinische Fakultät. Insofern wäre es durchaus sinnvoll, dass die skuba hier eine Position beziehen könnte.
- Andreas Schönenberger dankt Patrick Mächler für die ausführliche und aufwändige Präsentation.

Abstimmung: 18/0/0

://: Der Studierendenrat nimmt die Änderung des Positionspapiers einstimmig an.

4.5. Diskussionstraktandum: Bologna und die Universität Basel

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Das Ressort Hochschulpolitik legt eine Diskussionsvorlage zur obengenannten Thematik vor und möchte diese im SR diskutieren. Ziel der Diskussion zum Thema soll die Verfassung eines Positionspapiers sein.

Hintergrund: Das Positionspapier der skuba ist nun schon seit einem Jahr in Kraft. Der Vorstand möchte dieses nun überarbeiten und auf den neusten Stand bringen. Dies jeweils auch im Hinblick auf Anregungen aus dem SR.

Diskussion:

- Patrick Mächler: Die Grundidee von Bologna ist grundsätzlich gut, allerdings verlief die Umsetzung bisher in die falsche Richtung. In gewissen Fächern kann ein BA Abschluss auf Berufsebene nicht wirklich benutzt werden. So bspw. in der Medizin. Es wäre auch interessant zu diskutieren, was wir von einer Bolognareform für das Doktorat halten.
- Lea Meister: Selbst Hochschulen bestätigen, dass mit einem BA Abschluss teilweise kaum ein anständiger Beruf erhältlich ist und der Masterabschluss der Regelabschluss sein sollte.
- Fabian Frischknecht: Die Verteilung von KP ist überaus willkürlich und ungleich. Dieses System erscheint absolut undurchdacht.
- Lea Meister: Kann dem nur beipflichten; die Punkteverteilung ist in vielen Fällen definitiv nicht nachvollziehbar. Zudem ist europaweit die Mobilität zurückgegangen, als dass sie zugenommen hat, wie es das eigentliche Ziel von Bologna war.

- Lisa Raabe: In diesem Zusammenhang ist es auch etwas irritierend, dass für Studierende, welche in Basel studieren wollen, Deutsch auf Niveau C1 nachgewiesen werden muss. Dies selbst wenn man ausschliesslich Fremdsprachen wie bspw. Spanisch und Englisch studiert. Gleichzeitig aber gibt es Dozierende, welche mit Sicherheit nicht über Deutschkenntnisse auf Niveau C1 verfügen.
- Andreas Gehringer: In diversen Punkten ist die KP-Problematik doch nur ein Nebeneffekt. Viel schlimmer ist für gewisse Fächer die Modularisierung. Sollte tatsächlich eine Inflation der KP geschehen, dann wird dies auf Kosten des komplementären Bereiches geschehen, womit sich an der eigentlichen Präsenzzeit und der eigentlichen Problematik kaum etwas verändern wird.
- Fabian Frischknecht: Oft sind den Studierenden auch die verschiedenen Möglichkeiten nicht bekannt, welche zur Option stehen. Stichwort Learning Contract, freie Arbeiten und so weiter. Dies hängt auch mit der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Studierenden und den ProfessorInnen und Dozierenden zusammen.
- Nicola Rügsegger: Für Mediziner zeigt sich die Mobilität eher eingeschränkt. Von meinem Jahreskurs bewarben sich fünf Studierende für den Wechsel der Hochschule nach dem BA-Studium Zwei wurden abgelehnt und die anderen drei wurden dazu ermutigt, ihren Antrag zurückzuziehen und nicht an eine andere Hochschule zu gehen. Zudem ist aufgrund des engen Stundenplanes der Besuch von ausserfakultären Veranstaltungen kaum möglich.
- Patrick Mächler: Auch die Frage, wie Leistungsüberprüfungen stattfinden ist nicht geklärt. Demnach gibt es keinen Kontrollmechanismus für die Vergabe von KP. Teilweise reicht bspw. die physische Anwesenheit an Vorlesungen als Leistungsnachweis, ungleich dadurch der Lerneffekt nicht zwingend erhöht wird. Im Gegenteil, unzufriedene oder störende Studierende, welche eine Vorlesung lediglich absitzen, können eine Vorlesung durchaus beeinträchtigen.
- Karin Wassmer: Bei den Wirtschaftsstudierenden existiert glücklicherweise keine Präsenzpflcht, bzw. lediglich in gewissen Ausnahmefällen. Allerdings haben wir Prüfungen. Was sich jedoch als Problem erweist ist, dass Studierende teilweise identische Veranstaltungen aus anderen Fakultäten und Fächern besuchen, um so mit möglichst geringem Aufwand an KP zu gelangen. Die Fakultät prüft daher derzeit, ob gewisse ausserfakultäre Veranstaltungen nicht mehr anerkannt werden können.
- Fabian Frischknecht: Diese sogenannte „Schwarze Liste“ ist nicht aus der Luft gegriffen und macht durchaus Sinn. Es gibt viele Studierende, welche es sich tatsächlich etwas leicht machen.

://: Der Studierendenrat und der skuba-Vorstand nehmen das Diskussionstraktandum zur Kenntnis.

4.6. Diskussionstraktandum Numerus Clausus

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Das Ressort Hochschulpolitik wird die neuesten Entwicklungen zu Bestrebungen einer Einführung eines Numerus Clausus in der Schweiz vorstellen und die momentan gegebenen Positionen der skuba dazu erläutern. Mithilfe der Meinung des SRs soll auch hierzu eine Position erarbeitet werden.

Hintergrund: Von den Medien und verschiedenen Universitäten werden momentan Zugangbeschränkungen und die Idee von Numerus Clausus für bestimmte Fächer immer stärker thematisiert. Damit einher geht auch die Idee, ausländische Studierende mittels höheren Studiengebühren oder Zulassungsbeschränkungen zu quotieren. Die Vizerektorin Kaiser wurde dementsprechend zitiert, wonach Zulassungsbeschränkungen nicht bloss für AusländerInnen, sondern auch für Schweizer Studierenden gelten sollten.

In der Schweiz gilt der MA als Regelabschluss und nicht der BA. Der Übergang vom Bachelor ins Masterstudium unterlag demnach bisher keinen weiteren Erfordernissen oder Beschränkungen. Dies sehen nun Hochschulen wie die ETH oder HSG jedoch teilweise anders und fordern eine Veränderung, um eine Quotierung einzuführen. **Diskussion:**

- Patrick Mächler: Wir haben gewisse Probleme, da im Ausland andere Bestimmungen gelten als in der Schweiz. Daher kommen viele Studierende gerne in die Schweiz, da hier der Zugang zur Universität einfacher ist. Das müssen wir einfach berücksichtigen und können wir nicht ignorieren. Insofern kann ich mich durchaus für einen NC aussprechen. Sollte es aber tatsächlich zu Zulassungsbeschränkungen kommen, sollten diese einheitlich geregelt sein.
- Riccarda Stampa: Dem kann ich zustimmen. Wir sollten uns von der Illusion befreien, dass alle Studierenden ohne Weiteres im MA weiter studieren können. Nicht alle können vom System finanziell getragen werden. Zudem bin ich für einen NC, weil es jenen Studierenden, welche wirklich auch etwas leisten wollen, neue Möglichkeiten bietet.
- Simon Strauss: Es handelt sich hier um eine heikle Sache. Wenn wir für den Zugang zum MA einen NC haben, dann sollte dieser aber auch – dem Gleichgewicht wegen – für den BA existieren.
- Muriel Binder: Wir sollten in der Schweiz erst einmal diskutieren, was ein BA überhaupt wert ist und was wir damit erhalten. Ansonsten stellen wir dann unter Umständen diverse Studierende mit einem BA Abschluss auf die Strasse, ohne dass diese von der Privatwirtschaft auch gebraucht werden. Die landen dann zwischen Stühlen und Bänken.
- Karin Wassmer: Ein NC ist unsinnig, solange mit einem BA Abschluss auf dem Arbeitsmarkt keine Anstellungen gefunden wird.
- Andreas Schönenberger: Zulassungsbeschränkungen geben der Universität die Möglichkeit, sich vom Arbeitsmarkt und dessen Einflüssen loszulösen. Die Universität sollte selbst bestimmen, wie viel Wert ein BA Abschluss besitzt. Dieser könnte dadurch auch dringend aufgewertet werden. Natürlich macht es in gewissen Fächern keinen Sinn, in der Mitte des Studiums plötzlich einen Strich zu ziehen. In kleineren Phil 1 Fächern allerdings schon, da sich hier das MA Studium kaum vom BA unterscheidet. Grundsätzlich sollte die akademische Karriere gestärkt werden und das kann sie nur, wenn die Universität über eine Selbsthoheit verfügt.
- Andreas Gehringer: Dadurch verkommt das Studium allerdings zum Selbstzweck. Es ist nun einmal Tatsache, dass ein Grossteil der Studierenden nicht eine akademische Karriere will, sondern den Einstieg in die Privatwirtschaft bevorzugt und dafür ein anständiges Studium benötigt. Zudem ist die ganze Diskussion viel mehr eine politische Angelegenheit. Ursprung sind fehlende finanzielle Mittel und nun wird versucht, auf dem Rücken von Studierenden dieses Problem zu lösen. Warum bspw. nicht Baden-Württemberg als „Trägerkanton“ zur Universität Basel hinzuziehen?

- Niklaus E. Klose: Zulassungsbeschränkungen fördern lediglich soziale Ungleichheiten. Der Arbeitsmarkt reguliert sich von selbst, da brauchen wir nicht einzugreifen.
- Fabian Frischknecht: Die ETH und die HSG haben einen überaus guten Ruf und profitieren auch von diesem. Dementsprechend kann es für diese Sinn machen, Zulassungsbeschränkungen einzuführen. Für Universitäten wie Basel kommt so was aber nicht in Frage.
- Andreas Schönenberger: Im internationalen Vergleich verhalten wir uns im Gegenstrom. Im angelsächsischen Modell wird im Masterstudium eine Vertiefung vorgesehen. Nicht so bei uns. Dadurch werden Abschlüsse wie der BA abgewertet, da es auch immer mehr solche Abschlüsse gibt. Man sollte das Studium zum Kern zurückbringen und Leute, die wirklich etwas wollen und ihr Wissen vertiefen möchten, fördern. Dies kann aber nicht jedem garantiert werden.
- Niklaus E. Klose: Es gibt diverse gesellschaftliche und soziale Ausschlussmechanismen. Es ist insofern auch so schon nicht ohne Weiteres möglich zu studieren. Da benötigen wir nicht noch weitere Ausschlusskriterien.
- Chaim Howald: Die Beschränkungs-idee von Andreas Schönenberger widerspricht meiner Idee einer universitären Bildung. Hier sollte ein kritischer Geist herangezogen werden. Viel grösser erachte ich die Problematik welche durch die Ökonomisierung der Bildung entsteht. Berufliche Chancen und Kriterien sollten nebensächlich sein.
- Lea Meister: Die Universität ist nicht hier, um Frischfleisch für die Privatwirtschaft zu produzieren. Aber selbst wenn man davon ausginge, sind Zulassungsbeschränkungen auch gegenüber der Lissabonstrategie unlogisch, da diese Strategie besagt, dass die einzige Wachstumsstrategie die Knowledge Based Society sei.
- Andreas Gehringer: Ich erachte den Vergleich mit dem angelsächsischen Raum als etwas problematisch, zumal die angesprochene Abwertung des BA Abschlusses gerade hier beispielhaft ist. Wir haben mit dem Ausbildungssystem (Berufslehre mit BMS, etc) gute Alternativen zum Studium.

→ **Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion wird gestellt und vom SR angenommen.**

- Andreas Schönenberger: Mit Zulassungsbeschränkungen geben wir der Universität die Möglichkeit selbst zu entscheiden, wo sie ihre Prioritäten setzt; unabhängig von Markt- und Privatwirtschaft.

://: Der Studierendenrat und der skuba-Vorstand nehmen das Diskussionstraktandum zur Kenntnis.

4.7. Reglementsänderung GO SR

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Das Rede- und Antragsrecht für die Geschäftsführung ist noch nicht in der Geschäftsordnung verankert und muss daher noch nachträglich gemacht werden. § 11 ist daher zusätzlich noch hinzugekommen.

Hintergrund: Die Geschäftsführung hat laut der Geschäftsordnung klar definierte Kompetenzbereiche und es ist daher sinnvoll das Rede- und Antragsrecht in diesen Bereichen festzulegen. Neu soll § 11 diese behandeln:

§ 11 Die Geschäftsführung hat grundsätzlich das Recht, Anträge zu stellen und diese zu vertreten.

Diskussion und weitere Anträge:

Gegenantrag 2 (Patrick Mächler):

Anstelle von § 11 soll § 10 wie folgt geändert werden:

§ 10 Alle skuba-Mitglieder und die Geschäftsführung sind berechtigt, im SR Anträge zu stellen.

- Lea Meister: Die Wahrscheinlichkeit, dass die GF gleichzeitig skuba-Mitglied ist, ist eher gering. Die GF sollte demnach nicht in denselben Topf wie skuba-Mitglieder gelegt werden.
- Manuela Hugentobler: Sollte die GF allerdings dennoch skuba-Mitglied sein, wäre sie sowieso Antragsberechtigt. Insofern macht der Antrag durchaus Sinn.
- Patrick Mächler: Mit meinem Antrag soll lediglich ein gewisses Mass an Bürokratie verhindert werden. Es ist zudem unnötig einen gesonderten Paragraphen einzufügen, wenn die Person grundsätzlich ja sowieso ein Antragsrecht besitzt.

Abstimmung:

Antrag 1 (skuba Vorstand): 6 Stimmen

Gegenantrag 2 (Patrick Mächler): 5 Stimmen

Enthaltungen: 3 Stimmen

Schlussabstimmung: 12/1/2

://: Der SR beschliesst die Reglementsänderung der Geschäftsordnung des SRs gemäss Antrag.

4.8. dringliche Stellungnahmen

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Um im Rahmen einer dringlichen Stellungnahme den Prozess zu vereinfachen wurde im Statut der skuba im § 34 der "gesamte Vorstand" mit "die verantwortliche Person des Vorstands" ersetzt.

Hintergrund: Auch bei dringlichen Stellungnahmen muss eine solche jeweils mit dem gesamten Vorstand besprechend, wodurch mitunter viel Zeit verloren gehen kann. Dadurch ist der Vorstand im Handlungsspielraum eingeschränkt.

Diskussion: Es wird die Frage gestellt, was eine dringliche Stellungnahme denn sei. Dabei handelt es sich bspw. um eine Stellungnahme dazu, wenn im Grossen Rat eine Motion zur Erhöhung der Studiengebühren eingehen würde und die skuba darauf mittels Stellungnahme reagiert.

Abstimmung: 16/0/0

://: Der SR beschliesst einstimmig die Änderung des Statuts.

4.9. Diskussionstraktandum pyramidale Struktur

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Meinungsbild des SRs zur Thematik der pyramidalen Struktur.

Hintergrund: Die pyramidale Struktur wird laut dem Vizerektorat Lehre und auch laut unserem Rektor Herr Loprieno mehrdimensional verstanden:

- Fachliche Dimension: breite fachliche Basis im Bachelorstudium; Spezialisierung und fachliche Fokussierung im Masterstudium.
- Studienangebote: breiteres Studienangebot (Studienfächer/ Studiengänge) im Bachelor; Fokussierung im Masterbereich (z.B. Mono-Master)
- Anzahl der Studierenden: Nicht alle BA Absolventen treten in einen Master über. Auch der BA ist ein Studienabschluss, der für den Arbeitsmarkt qualifiziert.

Diskussion:

- Fabian Frischknecht: Grundsätzlich ist eine solche Zuspitzung positiv. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Wissen zu breit ist und zu wenig spezialisiertes Wissen vorhanden ist. Allerdings wäre ein Zylinder mit Spitz wünschenswert.
- Patrick Mächler: Dieses Modell bildet doch prinzipiell unser Bildungssystem ab. Primarschule als Fundament und zuletzt besteht das Doktorat, welches eine Spezialisierung verspricht. Insofern macht eine Zuspitzung durchaus sinn.
- Stephanie Giese: Wenn bspw. bei der Phil 1 gewisse BA-Gänge noch weiter verbreitert wird, entstehen dadurch nicht Lücken für das Masterstudium?
- Katharina Baur: Allerdings besteht bei einer solchen Struktur auch langfristig die Gefahr des Zusammenschlusses von verschiedenen Fächern. Bspw. könnten Sprachen so zusammengeschlossen werden.
- Niklaus E. Klose: Widerspricht eine solche Struktur nicht der eigentlichen Idee einer Universität?
- Andreas Schönenberger: Bei der Phil 1 ist eine gewisse Breite auf BA Ebene durchaus nötig und wichtig, um Zusammenhänge verstehen zu können.
- Patrick Mächler: Vielleicht sollte noch angefügt werden, dass Sinn und Zweck eines Masterstudiums auch nicht sein kann, Fachidioten zu produzieren. Zudem sollten keine künstliche Trennwende, zumindest auf persönlicher Ebene, geschaffen werden durch solche Bildungsstrukturen.
- Lea Meister: Die Tendenz, dass sprachliche Fächer zusammengeschlossen werden ist durchaus real.

://: Der Studierendenrat nimmt das Diskussionstraktandum zur Kenntnis.

4.10. Diskussionstraktandum Abschaffung der Institutsebene

Antragsteller: skuba-Vorstand

Antrag: Meinungsbild des SRs zur Abschaffung der Institutsebenen.

Hintergrund: Die administrative Ebene der Institute soll abgeschafft werden, sodass es unterhalb der Fakultäten nur noch die Ebene der Seminare gibt. Diese Abschaffung soll die Professoren, Assistierenden, Dozenten etc. von einer weiteren administrativen Arbeit entlasten. In der Phil-Nat gibt es dieses System bereits, in der Phil.-Hist. wird es gerade durchgesetzt. Laut der Dekanin Opitz sind keine Fächer von einer Zusammenlegung bzw. Abschaffung bedroht. Dieses Risiko besteht allerdings laut dem Ressorts QS und Hochschulpolitik längerfristig.

Diskussion:

- Patrick Mächler: Zwei Dinge sind wichtig. Das primäre Ziel dieser Umsetzung war einerseits die die sehr stark föderalistische Struktur etwas aufzulockern und den Verwaltungsaufwand bei Dozierenden und dergleichen zu reduzieren. Diese haben an der Universität Basel nämlich einen viel höheren Verwaltungsaufwand als bspw. an einer ETH und werden dadurch in ihrer eigentlichen Tätigkeit behindert. Das Zusammenlegen von Departementen kann allerdings auch zum Verschwinden von bekannten Namen haben. Besonders dann, wenn bestimmte Institute über einen gewissen, guten Ruf verfügen.

- Andreas Schönenberger: Es ist sicherlich begrüßenswert, wenn der Verwaltungsaufwand reduziert werden soll. Allerdings besteht auch die Angst, dass dadurch kleinere Fächer verschwinden könnten. Bspw. könnten die Gesellschaftswissenschaften und die Soziologie zusammengelegt werden. Zudem ist die Zuteilung gewisser Fächer und Departemente ziemlich willkürlich.
- Andreas Gehringer: Möchte dies unterstützen. Teilweise ist es wirklich völlig willkürlich geschehen und auch Sinnfrage nicht immer ganz geklärt. Bspw. Platzierung Jüdische Studien nicht immer klar gewesen. Auch Philosophie zusammen mit Medienwissenschaften wirft in gewissen Kreisen grosse Fragezeichen auf.
- Lukas Kissling: Diese willkürliche Zusammenlegung war teilweise jedoch auch auf Wunsch von Instituten in die Wege geleitet worden. Studentische Vertretungen wird es zudem weiterhin in den Departementsversammlung geben.
- Riccarda Stampa: Ich glaube allerdings dennoch, dass wir hier ein gewisses Mitspracherecht verlieren werden.
- Patrick Mächler: Das ist teilweise auch fachabhängig. Wo es nicht wahrgenommen wurde oder nicht erwünscht war, wird es wahrscheinlich verloren gehen.
- Lisa Raabe: Auf die Sache Einfluss zu nehmen, ist sowieso so gut wie unmöglich. Nicht zuletzt auch, weil innerhalb der einzelnen Seminaren und Instituten nicht immer eine klare Meinung besteht, sondern auch verschiedene Lager existieren.
- Andreas Gehringer: Die Kommunikation über die Strukturänderung liess leider etwas zu wünschen übrig. Es gab teilweise kurzfristige Anfragen von Studierenden, welche irritiert waren und von ihren Dozierenden und ProfessorInnen irreführende Berichte erhielten, ungleich jene Dozierenden und ProfessorInnen selbst in der Fakultätsversammlung vertreten waren.

://: Der SR nimmt das Diskussionstraktandum zur Kenntnis.

5. Varia

- Riccarda entschuldigt sich für die fehlenden Mitteilungen. Aus Zeitgründen konnten diese leider nicht rechtzeitig versandt werden.
- Patrick Mächler: Der Fotowettbewerb der AG Littering läuft nur noch zwei Wochen und bisher hielten sich die Einsendungen in Grenzen. erinnert doch Eure Mitstudierenden nochmals an den Wettbewerb. Es gibt interessante Preise zu gewinnen.
- Muriel Binder: In Bezug auf die Diskussionen um die Rechtsberatung möchte ich vielleicht noch darauf hinweisen, dass das Seminar zur Rechtsberatung das erste und einzige war, welches bei vergangener Ausschreibung innerhalb von 24 Stunden gefüllt war.

Ende der Sitzung: 22.45 Uhr

Für das Protokoll:
Andreas Gehringer